

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhof 3668—3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung monatlich 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 3 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Köpenickerstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] - Nr 481

FREITAG, 7. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

## Improvisationen

Seit Herrlots Kurzfristigkeit die direkte deutsch-französische Aussprache verhindert, verläuft alle Außenpolitik in überflüssigen Improvisationen. Auch das englische Memorandum von trotz seiner juristischen Einleitung mehr ein Gefühlsausbruch als eine zu Ende gedachte diplomatische Aktion. Der Grundtatsache von Sir John Simons Folgerung wurde von Herrlot in einem zur Antifrage ausgelegt, und schon damals war vorzusagen, daß auch das Genfer Mandatverbot als Belegstück enden würde.

In dieser trostlosen Situation mühte die englische Konferenz-Initiative als ein Versuchungsspiel zu erscheinen, nach dem man sich nur orientieren konnte. England torigierte seine Haltung, es fand wieder zu seiner Vermittlerrolle zurück. Der böse Eindruck des Stotterens sollte verwischt werden. Dieser logische und ungenügende Schritt hat leider nicht das Echo gefunden, das er verdient. Anstatt wie im folgenden Office einen Schritt durch einen kritischen Schritt vorwärts zu machen, gilt mancherorts entgegen der Grundtatsache, daß auch bei Scheitern die Konferenz gemacht werden muß.

Man kann dem Hofismus noch so kritisch gegenübersehen, es darf nicht gelaugert werden, daß Talleyrand außenpolitisch in der letzten Zeit vorbildlich operiert hat. Auch jetzt war seine Haltung entschlossen und großartig. Ohne Fragen und Vorbehalte hat sich Mussolini der englischen Vermittlung zur Verfügung gestellt. Er sah in dem Konferenzvorschlag eine Chance, das Abwicklungsproblem weiter zu entwickeln und löste es nicht, sie auszunutzen. Die Illusionen, die er hat bezaubernderweise nicht die gleiche Sicherheit gewonnen. Hier fehlte es an Entschlußkraft, in Paris an gutem Willen.

Am Quai d'Orsay wird alles nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wie einer Bewegung mit Deutschland am sichersten auszuweichen sei. Sollte Deutschland die Einladung rundweg abgelehnt, würde Herrlot sich wohlweislich keine Mühe begeben haben, sie anzunehmen. Als sich am Dienstag das Zusammenkommen der Konferenz abzeichnete, machte sich unter offizieller Anleitung der „Zeitung“ an die Arbeit sämtliche nur erdenklichen Argumente gegen MacDonalds Vorschlag zusammenzutragen. Französische Note, englisches Memorandum, Neuarth-Interview, Götlicher-Rede — alles wurde wieder angeführt, um darzutun, wie ausichtslos ein Verhandlungsversuch sei.

Es lohnt nicht, sich mit den einzelnen von Frankreich aufgestellten Konferenz-Voraussetzungen zu befassen. Von vornherein fand die Absicht fest, das Projekt mit Bedingungen zu erfüllen.

Herrlot will nicht. Nach nicht. Eines Tages wird er sich doch mit Deutschland am runden Tisch zusammenfinden müssen, weil der Zwang zur Aussprache härter ist als alle diplomatischen Anstrengungen. Die französische Politik hat das Hoover-Memorandum zu verbinden versucht, sie hat mit der Einladung für Kaufmann das schlimmste Spiel getrieben wie jetzt mit der Londoner Konferenz. Genießt sie hat Zeit gewonnen, aber die Entwicklung vermochte sie doch nicht aufzuhalten.

B. B.

## Stellungswechsel

Auf dem traditionellen Journalistenfestlich in Genf, dem politisch Satire often ein gefühlsbetont gegeben hat, wurde dieser Tage der Völkerrund als ein gewöhnliches Stück auf stürmischen Meer dargestellt. Von seiner Mannhaftigkeit aber soll nun die Autorität internationaler Zusammenarbeit zwischen den Völkern im ostasiatischen Konflikt gewahrt werden.

Der Lyttton-Bericht ist ein politisch fluges Dokument, weil er dem Völkerrund nicht mehr zumutet, als billigerweise von ihm erwartet werden kann. Formale, äußerliche Erwägungen sind zurückgelassen hinter dem Bewußtsein, eine Kompromißlösung zu finden, die den alten Streit durch neue Vertragsbeend. Aber während die übliche Welt anerkennt, daß die Untersuchungskommission mit großem Eifer und gesunder politischer Vernunft ihres Amtes gewaltet hat, ist wieder China zurecht nach der Japan. In beiden Fällen herrscht das Gefühl vor, daß die Politiker der weißen Rasse die Probleme der gelben Völker zu wenig beherrschen, und sich bereit zu machen, um ihnen. Durch Japans einseitigen und zurückgelassen ist die Befehlsansprache des Völkerrundes zunächst einmal hinausgeschoben und der Weg für weitere Verhandlungen frei gemacht. Damit ist zugleich Japan der reinen Entscheidung entzogen, es sei seine Drohung, aus dem Völkerrund auszutreten, mehr machen soll. Totio hat ja jetzt zu warten, nachdem es dem Lyttton-Bericht durch die Anerkennung des mandchurischen

# Hoover greift ein

### Zugunsten einer Londoner Konferenz

Kommt die Fünfmächte-Konferenz, zu der die englische Regierung nach London eingeladen hat und die am 11. Oktober beginnen sollte, noch zustande? Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Dill, hat, hatte gestern Abend darüber eine Aussprache mit dem Vizepräsidenten Hoover, der bei Abwesenheit von Sir Horace Lamb die englische Vertretung leitete. Der britische Gesandsträger unterrichtete den Staatssekretär, daß ihm von seiner Regierung keine Mitteilung zugegangen ist über eine Änderung der Dispositionen für die Londoner Konferenz. Die britische Regierung sehe ihre Bemühungen um das Zustandekommen der privaten und vertraulichen Besprechungen der Hauptmächte über das Abwicklungsproblem fort.

Der englische Gesandsträger dürfte diese Mitteilungen nicht aus eigenen Matrike gemacht haben. Sie stellen wohl eine Antwort dar auf eine Frage, die Staatssekretär von Dillow mit Rücksicht auf die heutige Sitzung des Reichstages gestellt hat. Was hat während der letzten 24 Stunden gespielt? Am Mittwochabend lag in Berlin die Meldung vor, daß das Londoner Kabinett die Einladungen zurückziehen und die Konferenz abblasen werde. Infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung und des von deutscher Seite eingenommenen Standpunktes. Dieser Anschlagung ist am Donnerstag die Befähigung gefolgt. Die britische Regierung hat den eingeladenen Mächten keine Mitteilung gemacht, daß sie den Konferenzplan aufgeben; die Londoner und die Pariser Presse ergingen sich zwar in speistlichen und pessimistischen Betrachtungen, bezeichnet aber den Konferenzgedanken als noch nicht endgültig gescheitert. Vielleicht liegt die Lösung des Rätsels zum Teil darin, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer diplomatischen Unterbrechung der Londoner Initiative entschlossen hat. Darüber lag gestern Abend folgende Meldung vor:

WASHINGTON, 6. OKTOBER. (W.T.B.)

„Die Londoner Bemühungen, eine private Diskussion zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien herbeizuführen, um Deutschlands Rückkehr zur Genfer Abrüstungskonferenz zu erreichen, werden im Staatsdepartement mit Interesse und Hoffnung verfolgt, daß sie von Erfolg gekrönt sein mögen, da man hier nach wie vor die deutsche Beteiligung an den Beratungen zur Erzielung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung für wesentlich hält. Amerika, so hört man, ist zwar bisher nicht aufgerufen worden, sich an den Londoner Besprechungen zu beteiligen. Es wäre aber möglich, daß man falls Europa das wünscht sollte, einen Vertreter entsenden würde.“

Diese Stellungnahme des Washingtoner Staatsdepartements bedeutet einen wesentlichen Fortschritt. Die Vereinigten Staaten waren ursprünglich nicht geneigt, sich offiziell an der Londoner Konferenz zu beteiligen. Sie wollten nur, wie häufig in früheren Fällen, einen „Beobachter“ schicken. Die Bereitwilligkeit, einen offiziellen „Vertreter“ zu delegieren, ist eine starke moralische Unterstützung des englischen Konferenzvorschlags, die nicht ohne Eindruck bleiben kann. Um so auffälliger ist der Situationsbericht des Londoner B. Z. D.-Korrespondenten von gestern Abend, in dem es heißt:

Staates bereits präjudiziert hat. In Deutschland, das sich an der Lyttton-Kommission beteiligt hat, wird man Verständnis für die Haltung der ostasiatischen Mächte haben. Genau so wenig, wie uns die Beteiligung dieser Länder bei der Durchführung des Verfalls der Verträge an unserer Disgrace hinwegzuführen, erkannt müssen die praktische Befähigung des Genfer Gremiums an, dem zwar die freitenden Parteien angehören, nicht aber die Großmächte Rußland und Amerika, von deren Haltung die politische Lage in Ostasien bestimmt wird.

Bei der Beurteilung der ostasiatischen Lage hat man weni-

„Nachfragen an maßgebenden britischen Kreisen ergeben, daß sich die Lage in Bezug auf die Möglichkeit der Abhaltung der von England vorgeschlagenen (Aber) Besprechungen in London nicht wesentlich verändert hat. Noch wie vor bestehen beträchtliche Zweifel, ob die Antwort der deutschen beziehungsweise französischen Regierung es diesen Abhalten gestattet werden, Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Die Annahme, daß die Sitzung des französischen Ministerrats zu der Übermittlung der französischen Antwort im Laufe der nächsten 24 Stunden führen wird, hat sich als irrig erwiesen. Das Bestehen Herrlots geht, wie von britischer Seite betont wird, dahin, erst die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten, bevor er an die Befähigung der französischen Antwort herangeht. Unterirdische englische Schritte laßen hervor, daß eine neue Darstellung des belarnten deutschen und des französischen Standpunktes in dieser Frage das Zustandekommen der Konferenz zum ermöglichen würde.“

## Auf nächst: Woche verschoben?

Gleichzeitig wird aus Paris gemeldet, daß Lord Tyrrell am Quai d'Orsay vorgezogen und mitgeteilt hat, der ursprünglich in Aussicht genommene Konferenztermin sei verschoben worden. Damit mußte fest werden auch für den Fall einer günstigen Wendung der vorbereitenden Verhandlungen verschoben werden. Zur bei einer sofortigen und vorübergehenden Annahme der Einladung, wie sie von Italien aus gesprochen worden ist, hatte die Zeit bis zum 1. Oktober ausgereicht. Mit dem Konferenztermin wird auch der für den Zusammentritt des Büros der Abrüstungskonferenz (das auf den 10. Oktober einberufen war) verschoben. Hierüber wird, ehe er einen neuen Termin bekanntigt, das Ergebnis der englischen Mission abwarten. Eine Verzögerung um einige Tage würde nicht viel zu besorgen haben, wenn es überhaupt zu der Konferenz käme, die in Frage gestellt ist durch die Voraussetzungen und Bedingungen der beiden wichtigsten Verhandlungspartner.

Das Reichskabinett wird in seiner heutigen Sitzung über die offizielle Antwort auf die englische Einladung Bescheid fassen. An den bisherigen diplomatischen Gesprächen ist von deutscher Seite die Frage gestellt worden, welches Thema in der Konferenz zur Diskussion gestellt werden soll, und ob vor allem England, die einladende Macht, und Frankreich bereit seien, die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands vorzusprechen und zu bekräftigen, das heißt nicht von vornherein von den ablehnenden Erklärungen auszugehen, die in den schriftlichen Memoranden enthalten waren. Dies müßte vor einer offiziellen Erklärung über Annahme und Ablehnung der Einladung gefordert sein. Die Vorfrage ist von der englischen Regierung insofern beantwortet worden, als in dem Vorstich zu einer Konferenz in London ausdrücklich gesagt wurde, daß sie antizipieren solle an die Besprechungen in Veltaine, die ja lange vor dem deutschen Memorandum beendet sind. Die französische Regierung ist offenbar nicht geneigt, Zusicherungen der Art zu geben, wie sie von deutscher Seite gewünscht werden. Das entspricht ihrer bisherigen Haltung in dem Streit um das Prinzip der Gleichberechtigung und in der ganzen Abrüstungsfrage.

Der Hintergrund dieses diplomatischen Spiels, in das auch die Vereinigten Staaten eingreifen, bildet aber nicht allein das Abrüstungsproblem, sondern auch der große Machtsturz im Fernen Osten. Siehe auch zweite Seite

ger nach Genf als nach Moskau und Washington zu bilden. Die politischen Kräfte, die, sich kreuzend, von dort ausgeben, erschöpfen sich nicht in der Ferne, sondern lösen sehr reale Wirkungen in den europäischen Hauptstädten aus. Ihre Beobachtung ist auf die Entscheidungen der deutschen Politik von Bedeutung.

Die diplomatische Führung des internationalen Widerstandes gegen die Behauptung der Mandatsmacht durch Japan liegt von Anbeginn in Washington, um erhebliche Kapitalverflechtungen und der heftigsten wirtschaftlichen Widerstandes in den Vereinigten Staaten zu erteilen. Sieht man es,

# Wettlauf London—Genf

Frankreich bereitet einen neuen Abrüstungs-Entwurf vor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. OKTOBER

In Paris wurde heute bei den obersten Stellen der Regierung eine Feiertagslist eingeleitet. Der Ministerpräsident Berrier in Rambouillet an einem Familientag im Hause des Präsidenten der Republik teilnahm. Der junge Ingenieur Jacques Debrat, der einzige Sohn des französischen Staatspräsidenten, heiratete heute, und Berrier fungierte im Rathaus von Rambouillet als Zeitszeuge. Infolge dessen konnte auch die anschließende Beerdigung der Weser Abrüstungsdelegation, bisher noch nicht stattgefunden.

In London schied man nach den hier vorliegenden Nachrichten mit einer auf die Einberufung der Rüstungskonferenz zu bringen. Die englische Regierung hat in Paris vorgeschlagen lassen, daß sie Wert darauf lege, die Konferenz nach Möglichkeit schon in der nächsten Woche in London abzuhalten.

In Paris legt man dazu weder ja noch nein, sondern befaßt sich auch weiterhin auf trüfflernde und mehr oder minder heftige Reden. Dabei wird jetzt das Interesse der heiligen Hochbarbaren Deutschlands in den Vordergrund gedrückt. Mit alzu deutlicher Diplomatie wird der Name Polen verbunden. Dafür weist der „Temps“ aber darauf hin, daß bei den

Verhandlungen über eine sachliche Einigungsformel über die weitere Vorgehens- und erst nach bei prinzipiellen Entscheidungen „Ersten und Zweiten, Holland und die Tschechoslowakei nicht überlegen werden dürfen“. So bleibe aber immer noch festzuhalten, ob die Konferenz wirklich den Wünschen entspricht, aus denen heraus sie vorgeschlagen wurde, ohne daß sie in der Realität die Dinge wirklich also gehen kann, was man sich erwartet, und ob sie nicht am Ende praktisch ein als schon sehr schwieriges Problem noch mehr kompliziert.

Bücherei die französische Regierung es mit der Großmächte-Konferenz offenbar gar nicht eilig hat, arbeiten die französischen Delegierten in Genf mit Vollmacht an einem neuen Abrüstungsprojekt, das annehmen auch für den Fall, daß Deutschland nicht wieder an den Oberen Konferenzen zurückkehrt, die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden soll. Der französische Plan soll, wie der „Temps“ berichtet, in etwa zehn Tagen fertiggestellt sein. Sein Hauptgehalt sei eine „Neuanpassung der alten französischen Ziele an die neue Situation“, insofern nämlich, als die Abrüstung nicht mehr von unvereinbaren Standpunkten aus angestrebt werde. So handle es sich darum, eine europäische Abrüstung in Aussicht zu nehmen, zugleich mit Sicherheitsgarantien, die in den verschiedenen Gegenden des europäischen Kontinents eingerichtet werden und in Funktion treten sollen.

## „Deutschlands Forderung ist berechtigt“

Der amerikanische Senator Borah zur Frage der Gleichberechtigung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 6. OKTOBER

Senator Borah, der Vorsitzende der Auswärtigen Kommission des amerikanischen Senats, erließ in einem für eine Nachdrückliche Agentur geschriebenen Artikel, der heute in Wärdern des gesamten Gebietes der Vereinigten Staaten veröffentlicht wird, Deutschlands müsse in seinem eigenen Interesse zur Genfer Abrüstungskonferenz zurückkehren und mit der Welt zusammenarbeiten. Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung liege dem Wesen und dem Grunde nach berechtigt.

Jedem Volke, das sich selbst achtet, müsse unausweichlich ein Verlangen nach Gleichheit sein. Das gebe weit hinaus über eine technische Frage des Rüstungsverhältnisses zwischen Deutschland und den übrigen Völkern. Es werle das Problem auf, ob nämlich die europäischen Regierungen auf der Basis des Freile-

den, nämlich der Gleichheit und Berechtigung, miteinander verkehren wollen oder auf der Basis des Krieges. Der Gedanke, eine große Nation auf die Dauer innerlich beim Krieges geschlossen Organen halten zu wollen, sei unanständig und unaufrichtig, und es gebe kein größeres Hindernis für den Aufstieg der Welt als diesen Anpruch, der den anderen Unterlegenen des Verfallens Vertrages fernhalte. Deren Aufgabe sei es, durch ihre eigene Abrüstung nicht nur Deutschlands Verlangen entgegenzukommen, sondern damit auch dem Frieden zu dienen und der Menschheit einen unerhörten Pfand zu leisten.

Auf den Vorwurf, Deutschland hätte die Frage der Gleichberechtigung zu einem falschen Zeitpunkt aufgeworfen, erwiderte Borah, eine solche Frage, die das Geschick der Interkontinentalität zu behandeln werden, daß man mit Fortschritt vorzugehen und politisch auf den angemessenen Zeitpunkt warte.

als sollte der manövrierfähige Konflikt eine Freundschaft zwischen Russland und Amerika zur Folge haben. Schon erliegen in Moskau die diplomatische Anerkennung Washingtons greifbar nahe, schon träumte man von dem beherrschenden Kräfte guter Soldaten, als sich ergab, daß Hoover nicht mit einer sicheren Option auf Russland in den Wahlkampf gehen konnte.

Nach allen Anzeichen hat sich der Stellungswandel tiefer Enttäuschung in Moskau überwindend schnell vollzogen. Die russisch-japanische Kriegsgefahr vermindert in der Bevölkerung, ein hopfollistischer Delververtrag zwischen Tokio und Moskau umbedeutet viel mehr als die Friedensverträge, und als erste Macht entschloß sich die Komintern zu einer demoralisierenden Geste gegenüber Mandchukuo, indem es Konföderationsverhandlungen eröffnete. Der große Vertreter Amerikas im diplomatischen Kampf gegen Japan ist abgesprungen. Wieviel ist damit kein endgültiger Zustand geschaffen, vielleicht kann der nächste amerikanische Präsident der Komintern rasche Kompromissen als Japan bieten. Schließlich aber hat Japan in der Mandchukuo die Hände frei und kann während des Winters jede Gegenbewegung niederlagern. Gleichzeitig verfallen immer weitere Teile von China dem Kommunismus, und wenn Japan heute schon die Verhandlungsfähigkeit der Manting-Regierung völlig in Zweifel zieht, so kann in Wahrheit sehr bald die Zentralgewalt dem Kommunismus unter russischem Einfluß weichen müssen. In diese Zusammenhänge muß man denken, wenn man die Drohung des japanischen Kriegsministeriums, daß Japan sich auf Ostasien zurückziehen werde, in ihrer politischen Bedeutung würdigen will.

Wenn Amerika seine ökonomischen Interessen ernsthaft auf diplomatischen Wege verteidigen will, so braucht es heute Europa. Eine Interessengemeinschaft mit England, für das jede Strafrechtsänderung in Ostasien lebenswichtige Empirie-Fragen aufrückt, ist ohne weiteres sichtbar. Wesentlich anders liegen die Dinge in Frankreich, dessen in den letzten Monaten den militärisch-politischen Druck auf Russland abgebaut und seine europäischen Freunde zu einer Frontstellung gegen Mittel-Europa freigelegt hat. Soweit die Sympathien zwischen den beiden letzten Militärmächten der Welt, Frankreich und Japan, sich politisch weiter ausweiten, fehlt einem gemeinsamen diplomatischen Druck von Washington und London auf Tokio das Schwergewicht entscheidender Mittel. So ist der Dualismus in der angewachsenen Lage für seine Unterwerfung in der englisch-amerikanischen Front keine Behauptungen stellen zu können.

Diese Tatsache muß sich die deutsche Außenpolitik vor Augen halten, über deren Kurs sich das Ausland immer klar werden kann. Wo die Kraftressourcen materieller Art, wo Bundesangelegenheiten oder verlässliche Freunde fehlen, sind die diplomatischen Möglichkeiten gering. Wenn aber aus einer Überlegenheit in Kauf genommenen zeitlichen Verzögerung ein Gesamtstand zu gewinnen ist, dann sind die diplomatischen Möglichkeiten schließlich ganz auf, das Land wird zur politisch belagerten Festung. Das verlangt gute Reserven, verlangt aber auch Konzentration auf das große Ziel und eine Taktik, die nicht durch unberufene Nebenbegerische Mißdeutungen ausgelegt ist. S. v. M.

## Für verstärkten Winderheiten-Schutz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 6. OKTOBER

Die Fortsetzung der Winderheiten-Debatte in der VI. Kommission der Weltgesundheitsversammlung am heutigen nachmittag endete mit der Ernennung des Berichterstatters, des Delegierten von Ungarn, Giani, der sich schon früher als Atomist nicht viel mit den Winderheitenproblemen befaßt hatte.

Der französische Delegierte Berenger hatte sich mit dem immerhin ziemlich weitgehenden norwegischen Vorschlägen auf Verringerung des Verfahrens für die Beschwerden der Winderheiten einverstanden erklärt, wenn er selbstverständlich auch betonte, daß die bestehenden Verträge nicht geändert werden dürften, und wenn er ebenso selbstverständlich darauf legte, zu betonen, daß das gute Einvernehmen der Winderheit mit der Mehrheit die Hauptfache sei.

Der englische Delegierte Lord Robert Cecil erklärte, daß das Recht der Verammlung zur Distinktion der Generalisierung des Winderheiten-schutz nicht bestritten werden könne. Immerhin müßte einflußvoll das gegenwärtig geltende Verfahren, inwieweit es möglich, vervollständigt werden. Schließlich trat Cecil gegen die Anführung von Winderheitenvertretern selbst auf, weil dadurch ein Anstoß an dem Winderheiten geschlossen würde, denn an solchen Interessen sei kein Punkt. Dagegen war er für die weitestgehende Öffentlichkeit und auch für eine möglichst weitgehende Information über alle in Frage kommenden Verhältnisse durch die betreffende Abteilung des Weltgesundheitsrats.

Über die zahlreichen Zusammenkünfte zu den deutschen Beiträgen erklärte sich der deutsche Delegierte, Generaldirektor von Stolberg, sehr erfreut, und er sprach sich durchaus nicht gegen die Verallgemeinerung des Winderheiten-schutz aus. Nur dürfte die Verallgemeinerung nicht so ausfallen, daß etwa Staaten, die jetzt Winderheitenverträge haben, in Zukunft weniger Verpflichtungen gegen ihre Winderheiten haben würden als bisher. Das Hauptziel der deutschen Verhandlungen bei der Winderheiten-Konferenz ist die Befreiung der Winderheiten von der Winderheiten-schutz. Wenn der Weltgesundheitsrat beschließen sollte, dürfen die Winderheiten unter gar keinen Umständen den Winderheiten gegenüber einen Staat Vorkaufes durch den französischen Delegierten jüdische Herr von Stolberg ein neues Zitat des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau vom Jahre 1919, der die politische Regierung bei der Unterzeichnung des Winderheiten-schutzvertrages darauf aufmerksam machte, daß sie

die Pflicht habe, allen ihren Wählern ohne Unterschied die nötigen Orientierungen zu ihrer Entscheidung zu geben.

Die seit drei Jahren viel erörterte Frage der Reorganisation der Oberleitung des Weltgesundheitsrats ist jetzt nach mehrjährigen Erörterungen in der IV. Kommission der Weltgesundheitsversammlung einem Komitee von vierzehn Mitgliedern übertragen worden, das präzise Vorschläge machen soll. Dem Komitee gehören u. a. auch Deutschland, Frankreich, England, Italien, Norwegen, Holland, Polen und die Schweiz an.

## Litwinow war in Berlin

Die aus Genf „Wärdernbriefen“ stammende Meldung des „Paris Mid“ über das angebliche Besuchen des russischen Volkskommisars Litwinow, die wir im vorigen Heftblatt bereits als Phantasieprodukt charakterisierten, wird von der Berliner „Kullischen Volkszeitung“ als „Lunnen“ bezeichnet. Litwinow habe sich zuletzt in Berlin aufgehalten und sei für einige Tage nach Moskau gefahren, um von dort wieder nach Genf zurückzukehren.

## Landarbeiter-Unruhen in Spanien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 6. OKTOBER

In der Provinz Badajoz ist es zu Agrar-Unruhen gekommen. Arbeitslose Landarbeiter sind in die Gehöfte gedrungen und haben sich das Geflügel und des Viehes bemächtigt, Schafe und Schmeine fortgeschleppt und geschlachtet. Scharen von ihnen haben zur Selbsthilfe gegriffen und mit der Landbevölkerung begonnen gegen den Willen des Eigentümers. Ohne Gehör bekommen sie in den Gerichten keinen Recht zu finden. Die Lage ist gefahrlos, da auch die noch in Arbeit stehenden Landarbeiter freieren und die Arbeiter nicht unzufrieden sind. Die Regierung sieht in der drohenden Gegen Demoralisierung zusammen.

## Gäste aus England

Eine Delegation der Anglo-German-Association, bestehend aus fünf prominenten Engländern, geführt von Lord Dunsford, ist auf der „Rem“ nach Deutschland abgereist, wo sie in Berlin auf den in Deutschland bestehenden Organisationsrat der Deutsch-Engländer Gesellschaft, leitend wird. — Die Anglo-German-Association, die aus ungefähr hundert Engländern und hundert Deutschen besteht, hat die Förderung deutsch-englischer Freundschaft zum Ziel.

## Greener über unsere Politik

Im Demokratischen Klub sprach Reichswehrminister Greener über die „aktuelle Weltlage“. Er nahm unter dem Abstraktionsmemorandum der Reichsregierung Stellung, dessen Forderungen auch in ihm jetzt langen vertreten werden können. Deutschland müsse in die Lage versetzt werden, seine Interessen zu verteidigen.

Hierfür ist nicht die Zahl und Art der Waffen, sondern vor allem eine Veränderung des Wehrsystems entscheidend. Deutschlands gegenwärtige Reichswehr ist trotz herabragender Leistungen nicht in der Lage, allen Aufgaben des Landes- und Grenzschutzes gerecht zu werden. Notwendig ist, eine allseitige Mehrschicht beruhende Armee mit großer Ausbildungsgüte, insbesondere in den Grenzgebieten, neben der Reichswehr zu schaffen. Die Dienstzeit der Reichswehr müsse herabgesetzt werden. Dadurch würde auch genügend Mittel frei, um die Veränderung des Wehrsystems ohne allzu hohe Mittelkosten durchzuführen. Diese Forderungen bedeuten keine Aufkündigung, sondern lediglich die Befreiung der einfachen Voraussetzungen der Landesverteidigung.

Greener betonte ferner, daß den Oberbefehlungen von Immanuel Kant „Eratat zum ewigen Frieden“ und betonte, daß heute, wenn über 100 Jahre nach Kant, mehr denn je eine große Kraft zwischen diesen idealen Zielen und den harten Realitäten liege. Die Aufgabe, Deutschlands Wehrnotwendigkeiten durchzuführen, liege bei der Politik. Von der Klugheit der Staatsmänner würde das Gelingen abhängen.

## Vorarbeiten zur Sozialreform

Am Reichsarbeitensinnenrat wurden mit verstärktem Nachdruck die Arbeiten zur Ausarbeitung der allgemeinen sozialpolitischen Ermächtigung betrieben, die sozial Aufregung in der Öffentlichkeit verursacht hat. Es handelt sich dabei zunächst um eine Reihe von Maßnahmen zur Verbilligung der Verwaltung der einzelnen Zweige der Sozialversicherung. So soll der Inkassozins in der Invalidenversicherung vermindert, kleinere Rassen in der Krankenversicherung fallen aufgehoben, Berufsangehörigen zusammengelegt werden.

Man will dieses Mal offenbar den Fehler, den man mit den letzten Beschlüssen gemacht hat, vermeiden und die Verbände der Arbeiter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an den Beratungen beteiligen. Auch mit den Ländern sind noch Verhandlungen notwendig, da manche der bedeutendsten Veränderungen vor allem auf dem Gebiete der Invalidenversicherung die Rechte der Länder



# Kommt mit Europa wieder hoch?

Bericht einer Reise durch die Wirtschaftskrise — Von H. R. KNICKERBOCKER

Copyright 1932 by Rowohlt Verlag, Berlin

17. Fortsetzung

## Straßer revidiert das Programm

Auf seiner Reise durch Europa während der Krise hat der amerikanische Journalist Knickerbocker in Berlin auch den nationalsozialistischen Führer Gregor Strasser aufgesucht. Im vorigen Kapitel hat er Strassers Äußerungen über die Notwendigkeit, das „unabhängige“ nationalsozialistische Programm privatwirtschaftlich abzuändern, wiedergegeben. Knickerbocker setzt heute den Bericht über sein Gespräch mit Strasser fort.

BERLIN, IM HERBST 1932

Meine nächste Frage galt der Stellung der Nationalsozialistischen Partei gegenüber der „Planwirtschaft“.

„Planwirtschaft“ kann ich nicht unterstützen“, sagte Strasser. „Das Ganze müßte notwendigerweise zum Kollektivismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unendlich weiter wachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Souveräne Fülle. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten. Ich möchte nicht, es sei möglich sein sollte, einen in ganzen von oben geplanten Wirtschaftsprozess zu haben und doch private Initiative von Seiten der Unternehmer aufrechtzuerhalten. Wir sind für ein gewisses Ausmaß staatlicher Kontrolle und staatlicher Leitung, aber alles von der Art des planwirtschaftlichen Systems der Sozial-Union nehmen wir ab.“

„Möchten Sie staatliche Kontrolle und staatliche Eigentumsrechte fördern?“

„Wir fordern staatliche Leitung bei den wesentlichsten primitiven Rohmaterialien, wie Kohle, Öle, Petroleum, Stahl, Eisen, Transportmitteln, wie Eisenbahnen und Schiffahrt und bei den Banken und allem, was sich unter den Begriffe von Geld und Kredit zusammenfassen ließe. Aber nicht Leitung der Industrie im ganzen.“

Auch dies unterschied sich nicht sehr von der Auffassung der jetzigen und der vorhergehenden Regierung des Reiches. Unter deren Regime hat der Staat praktisch die Kontrolle über nahezu zwei Drittel des deutschen Bankenmechanismus erlangt. Er hat eine ausschlaggebende Stimme nicht nur bei der Eisenbahn, sondern auch in der Schiffahrt und bei der Kohlen- und Ölförderung. Es würde auch hier seiner gewaltigen Bedeutung bedürfen, um die nationalsozialistischen Prinzipien einzuführen.

„Und was ist mit einem Außenhandelsmonopol?“

„Wir sind keine Freunde eines Außenhandelsmonopols, wenn es außer uns nur ein Unternehmen etwas Ähnliches wie der Export der Sozial-Union verstanden sein soll. Wir glauben lediglich, daß es zureichend für den Augenblick unbedingt notwendig ist, eine staatliche Kontrolle über den Austausch von Reichsmarkbetragen gegen fremde Währungen auszuüben, und das würden wir mit Hilfe einer Staatsbank für fremde Währungen durchführen.“

Auch das ist eine Maßnahme, die in Deutschland seit der Republik des Juli 1931 ununterbrochen existiert. Die staatliche Kontrolle über den Austausch fremder Währungen ist so streng, daß die Reichsbank sie für praktisch unzulänglich erachtet.

„Welche Stellung nehmen Sie gegenüber den Privatbesitzern des Reiches an das Ausland an? Hat die Partei ihren Standpunkt gewechselt? In Ihrem Programm heißt es: Wir werden mit unseren Gläubigern ein Abkommen treffen, welches die Zinsen der langfristigen Verpfändungen auf ein Niveau herabsetzt, das ungefähr dem Zinssatz in ihren Ländern entspricht; und weiter: Wir werden ein Abkommen mit unseren Gläubigern erzielen, welches die kurzfristigen Kredite, die sich auf ungefähr sieben Milliarden Reichsmark belaufen, ausdehnt und in langfristige verwandelt, die erst nach einigen Jahren zurückzahlbar sind.“ Was würden Sie tun, wenn die Gläubiger solche Abkommen ablehnen?“

„Wir erkennen die Schulden an“, sagte Strasser. „Wir erkennen unsere Verpflichtung an, sie zurückzuzahlen, obwohl ein großer Teil von ihnen zu dem Zweck eingegangen wurde, eine politische Schuld zu zahlen, die wir nicht erkennen. Nichtsdestoweniger stehen wir auf der Plattform eines ethischen Geschäftsmannes, der seine Schulden begleit.“

Wenn wir jedoch meinen, daß wir sie nicht bezahlen können, werden wir es sagen. Wir werden auch versuchen, unsere Gläubiger davon zu überzeugen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn der Zinssatz auf ein tragbares Niveau herabgemindert wird. Es liegt auf der Hand, daß ein Gläubiger, der 10-12 % Zinsen verlangt und durchgehend mit einem großen Risiko verbunden hat, Zeit hat zu machen. Aber je höher der Zinssatz bleibt, desto höher ist auch das Risiko, daß die Zinsen nicht bezahlt werden können. Ich glaube, jeder vernünftige Gläubiger wird lieber einen herabgesetzten Zinssatz akzeptieren als seinen Schuldner in den Bankrott gehen sehen.“

„Aber wenn Ihre Gläubiger nicht mit Ihnen übereinstimmen, werden Sie sich dann für bereitgestellt halten, eine militärische Regelung zu treffen?“

„Nun, wenn wir unsere Lage auseinandersetzen und um ein Abkommen bitten, und die Gegenseite dann sagt: „Nein, wir

wollen kein Abkommen treffen“, so ist es doch die Gegenseite, die militärisch vorgeht. Dagegen können wir nichts tun.“

Auch das ist gut nicht so weit von der offiziellen deutschen Haltung entfernt. Die Abwendigkeit ist die Mutter der Abkommen, und wenn, beziehungsweise sobald, die Zeit für ein deutliches Moratorium kommen sollte, werden die Deutschen, davon sind sie überzeugt, imstande sein, eine Regelung herbeizuführen. Im Augenblick ist die Aussicht darauf, daß Deutschland ohne ein Moratorium zurecht kommen könnte, durchaus gegeben. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, zu sagen, daß die Wahrscheinlichkeit eines Moratoriums, obwohl sich im vergangenen Frühjahr fast alle Propheten darüber einig waren, daß Deutschland in diesem Herbst ein Moratorium hinsichtlich seiner Privatbesitzern ausprechen werde, heute viel geringer ist, als im Frühjahr war.

Ob ein Moratorium kommt oder nicht, das hängt jetzt in erster Linie vom Erfolg des Papen-Planes ab. Wenn das Regierungsprogramm Erfolg hat, wird es nicht nur kein Moratorium geben, dann ist es sogar, wie ein hochgeleiteter Regierungsbeamter sagte, möglich, daß Deutschland in die Lage kommen könnte, im nächsten Frühjahr seine Maßnahmenrestringierungen aufzuheben. Eine Wiederbelebung des Innenhandels, eine Steigerung des Außenhandelsüberschusses, eine Verdrängung der auf Deutschlands langfristigen Krediten lastenden Zinsen und eine Umwandlung mindestens eines Teiles der kurzfristigen Anleihen in weniger kurzfristige oder langfristige — das sind die Vor-

bedingungen, die es ermöglichen würden, mit den Währungsbeschränkungen Schritt zu machen. Sobald die beschränkten Währungsbeschränkungen nicht mehr existieren, wird die Welt wissen, daß der wichtigste Schritt zur europäischen Erholung getan ist.

Straßer jedoch verhartete auf einem Pessimismus, der politisch angelehnt war.

„Wir waren in der Vergangenheit nicht inlande, aus der Perspektive der Welt Bäume zu züchten“, sagte er, „weil Deutschland ununterbrochen in innerpolitische Rämpfe verwickelt war. Heute werden wir gleichfalls nicht inlande sein, Bäume aus der Erholung der Welt zu züchten, weil unter politischen Rämpfen das Land in ununterbrochenen Wirren halbes und die Regierung nicht als Vertreterin des deutschen Volkes betrachtet werden kann.“

Wir waren mit dem „Programm“ fertig. Von der offiziellen Version war nicht viel übrig geblieben.

Fortsetzung im nächsten Morgenblatt

Aus dem Inhalt:

Wie es England sieht  
Gespräch mit Sir Josiah Stamp  
Der neue Pfund-Kurs

## Muhrland in Not

Für das Ruhrgebiet wurde jüngst die Entsendung eines „mit außergewöhnlichen Vollmachten ausgestatteten Reichskommissars“ gefordert, der die Ernährung der Erwerbslosen sicherstellen soll. Von 3 Millionen Einwohnern in 14 Städten des engeren Ruhrgebietes werden heute mehr als 1 Million aus öffentlichen Mitteln unterfüttert.

Es ist fast immer nur die Rede von der Not des Ostens, der von Lebensmittel- und Geldmangel geplagt ist; aber es wird nicht entfernt genügend gewürdigt, welche Gefahren Gefährdung und Elend aus der Missernteernte, dem industriellen Weltens mittelbar und unmittelbar drohen. Die Gefahren und uraltesten Zusammenhänge zeigt die Schrift des Kommunisten Prof. Dr. W. A. A. über „Die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise und des Finanzengels“. (Verlag Gustav Fischer, Jena.) Die Städte haben nichts mehr zu verheimlichen und deshalb ihre gegenwärtigen Verhältnisse noch einmal offenlegt. Das Bild, das hier entrollt wird, zeigt, wie verhängnisvoll sich die harte Zusammenballung von Produktionsmittelindustrien auf engem Raum in Krisenzeiten auswirkt, wenn genügende Ausgleichsmöglichkeiten in anderen Gewerbebezügen fehlen.

### Wirtschaftskrise — Finanzkrise

„Die elementar herabdrückende Wirtschaftskrise mußte nach Lage der Verhältnisse zu einer Finanzkrise überführen. Um dieses zu vermeiden, mußten finanzpolitische Fehler der vergangenen Jahre nicht begangen werden.“ Diese sind übrigens oft ungerichtet, teilweise übertrieben und selbstwiderständig. Die Ruhrstädte, wie z. B. Essen, haben sich niemals über die gefundene Grenzen ihres kommunalen Aufgabentreffens hinausgewagt, sind aber finanziell doch der Zeit zum Opfer gefallen, weil je größer die Zahl der in normalen Zustand im Arbeiterverhältnis stehenden Erwerbstätigen und je größer gleichzeitig die Zahl der nicht erwerbstätigen Angehörigen war, je einseitiger wurde die Industrie und je typischer für die Groß- und Kleinbetrieb ist.

## Als die Preußen gingen

Severing über den 20. Juli

Der Preussische Innenminister Severing nahm, nach dem Bericht des „Vorwärts“, in einer sozialdemokratischen Mitglieder-Versammlung in Eilfenberg Gelegenheit, auf die Vorgänge des 20. Juli bei der gegen Preußen verhängten Weid-Exzitation einzugehen. Er bezeichnete als den wahren Grund dieses Vorgehens, daß man rechts der Weidlinie nicht dulden wollte, daß er auf der anderen Seite der Straße eine andere Politik betreiben würde. Das allein war der Grund und alles andere freilich Schwindel, ganz gleich, ob der Staatsgerichtshof das anerkenne oder nicht.

Sätte man am 20. Juli den Generalfreie proklamiert, so wäre das nicht nur eine glatte Verfallung des Volkspreussens auf Preußenhals gewesen, und zudem ausfallslos, oder auch politisch zu vermeiden und vermeidbar. Denn am 20. Juli waren Papen und Hitler ein Herz und eine Seele. Hitler überhand der Preußen hätte dem Nationalismus zwar verschaffen und damit das Ende der deutschen Arbeiterbewegung auf lange Zeit befestigt. Sätte man das alte Herz über das tüchtige Blut fließen lassen, und gepupst, so hätte man damit Papen den größten Erfolg getan. So aber wurde eines Tages die Redezeit für den 20. Juli kommen.

um so mehr muß die Krise nicht nur die Arbeitslosigkeit anwachsen lassen, sondern auch das ganze Gefüge des der Verwertung der Massen dienenden übrigen Gewerbes von Grund auf erschüttern.“

Vom Sommer 1927 bis April 1931 hat sich das Ruhr der Weid-fischer-Verordnungen verweigert. Seit 1931 wird ein kommunaler Arbeitsaufwand der 14 Ruhrstädte unmittelbar für die Erwerbslosen von rund 100 Millionen erachtet. Von dem Zuschußbedarf für die Weid-fischer-Verordnungen der Lebensmittelverordnungen 1929 noch 104 v. S., 1931 dagegen nur noch 37 v. S. Die Notverordnungen sowie die sonstigen Aufwände, Verbrauchs- und Verbrauchsloosen haben trotz harter Belastung des Einzelnen einen Anstieg für die relativ und absolut verminderten Lebensmittelverordnungen nicht herbeigeführt. Die letzte Weid-fischer-Verordnung bilden den Kommunale der Kraftwerken und die Gewerbesteuer. Beide Steuerquellen wurden bis an die Grenze des Möglichen ausgeschöpft; aber hier gibt es eben Grenzen, hinter denen bei anhaltender Krise die Erträge nicht sprunghaft zurückgehen, wie die Steuerkraft erlahmt.

Wohl stellt an den Schluß seiner Betrachtungen die für die Lage der Ruhrstädte besonders bedrückende Tatsache, daß das Defizit für 1932 allein in den fünf Städten Essen, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen und Bochum ohne die Freitickets aus den Vorkäufen 130 Millionen Reich betragen wird, während für die Gesamtheit der Ruhr Städte (einschließlich Ruhrstädte) ein Defizit von 375 Millionen Reich gefordert wird. Weil mehr als ein Drittel der für die Gesamtheit der deutschen Städte für 1932 geschätzten Defizite entfällt demnach allein auf die 14 von der Unterordnung erfassten Ruhrstädte. Das kennzeichnet die Lage zur Genüge.

Dr. Th. Smitmans.

Im Schlußwort ging Severing auf Anfrage des Diskussionsredners ein. Er verneinte, daß er noch die Absicht vor der Unterredung in der Reichskammer am Morgen des 20. Juli nicht einmal hätte vermuten können, was geplant sei. Am Tage zuvor habe er durch Ministerialdirektor Nobis bei Reichsminister von Papen Anfragen lassen, welchem Zweck die für den 20. Juli angelegte Unterredung dienen sollte? Man habe ihm gelang: landwirtschaftliche und finanzielle Fragen. . .

Hierzu drei Beiträge

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugslohns — Täglich: „Unterhaltungsblatt“ — „Finanz- und Handelsblatt“ — Wochentlich einmal: „Die illustrierte Beilage „Zeitschau“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wandern“ — „Recht und Leben“

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen  
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

# Alle Angeklagten freigesprochen

## Das Urteil im Prozeß um die Schießerei in der Röntgenstraße

In dem seit drei Wochen — seit dem 20. September — vor dem Berliner Sondergericht unter Vorsitz von Landgerichtspräsidenten Tolt schwelenden Prozeß um die Schießerei in der Röntgenstraße wurde am Donnerstagmorgen das Urteil verkündet. Das Gericht hat etwa zwei Stunden beraten. Unter allgemeiner Spannung erwarteten die Besorgenden das Urteil, das aus einem einzigen Satz bestand: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Zur Begründung des Urteils führte Sondergerichtsdirektor Tolt kurz aus, daß es sich nicht habe feststellen lassen, wer in der Röntgenstraße geschossen habe, und daß insbesondere die Hauptvermutung nicht erbracht habe, wer die tödlichen Schüsse abgab. Fest steht lediglich, daß von beiden Seiten, von den Kommunisten und den Nationalsozialisten, geschossen worden sei.

Der Besorgende nahm die Staatsanwaltschaft gegen den Vorwurf, sie habe leidetragend Anklage erhoben, in Schutz und betonte, daß Staatsanwaltschaft und Polizei durchaus berechtigt gewesen seien, Anklage gegen die Kommunisten zu erheben, denn es seien in der Röntgenstraße drei Nationalsozialisten angeschossen worden, einer davon, Gussfeldt, tödlich. Auch heute noch beste nicht fest, daß die Kommunisten es nicht waren, die Gussfeldt erschossen haben. Es habe sich als unmöglich erweisen, das Dunkel, das über den Vorgängen in der Röntgenstraße liegt, zu durchdringen. Den Angeklagten sei jedenfalls nicht zu widerlegen gewesen, daß sie nur zur Begleitung ihrer Genossen und zu ihrem Schutz gegen etwa zu befehlende Übergriffe der Nationalsozialisten in die Röntgenstraße gegan. Wenn man hieron ausginge, so hätte nicht gesagt werden, daß es sich bei diesem Tausch von Kommunisten um eine Verleumdung handelte, die sich zu rechtsdrängendem Handeln zusammengefügeln habe. Daher könne ein Verleumdungsruhm nicht festgestellt werden.

Die Schwierigkeit habe vor allem in der Bewertung der Frage gelegen, wer die Veranlassung zu der Schießerei gab und von wem deren Schuß abfiel. Es könne daher nicht festgestellt werden, wer bei der Schießerei sich in Notwehr befand. Bei dieser Frage komme aber eine Behauptung der Schießwunde bei den Angeklagten nicht in Frage. Wenn auch zweifellos aus dem Tausch, in dem sich die Angeklagten befanden, geschlossen werden könnte, so seien daraus keinerlei Folgerungen in bezug auf die Angeklagten zu ziehen, da die Frage der Notwehr ungeklärt geblieben sei.

Auch eine Beurteilung wegen Raufhandels konnte nicht in Erwägung gezogen werden, weil eine schuldvolle Beteiligung der Angeklagten an einem etwaigen Raufhandel sich nicht nachweisen ließ.

Im Hinblick auf die Urteilsbegründung richtete Sondergerichtsdirektor Tolt einige Worte an die Angeklagten: „Wenn Sie jetzt wieder in Freiheit sind, bitte bedenken Sie zurück an die Einzelnen, die Sie in der Unterdrückung erlitten haben, als die Möglichkeit der Todesstrafe über Ihnen schwebte.“

## Das Ende der Weltraum-Mafete

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 6. OKTOBER

Die Weltraum-Mafete des Ingenieurs Wintler, der Kater erst kürzlich mißglückte, ist heute wenige Stunden nach ihrem zweiten Start auf der Flucht Richtung Ostsee in etwa 13 Meilen Höhe explodiert. Das Raufahrzeug ist fast völlig zerstört, so daß ein weiterer Start in diesem Jahre nicht mehr stattfinden kann. Somit hat eine „Erfahrung“, für die in aller Welt mit viel Geduld die Weltraummetrolen gehalten wurde, ihr vorläufiges Ende gefunden.

**Selbstmordtragedie in Moabit.** Eine Selbstmordtragedie, die noch unauferlegt ist, spielte sich gestern in der Röhler Straße 19 in Moabit ab. Der 43jährige Pensionär Witten, 1211 und seine 38jährige Gattin Klara wurden von einem Nachbar in ihren Betten tot aufgefunden. Die Geschäfte des Nachbarn und der Lampe waren geöffnet. — Gestern Abend wurde der dreizehnjährige Gelehrter Sigmund in seiner Wohnung, Kantow, Ortstraße 15a, mit Gas vertriebt und aufgefunden. Das Motiv ist in weitestgehender Schwierigkeiten zu suchen.

**Gfug von Gassendorf festgenommen.** Der Gassendorf Dörfer Gfug von Gassendorf, gegen den, wie berichtet, wieder ein Haftbefehl erlassen war, wurde gestern in seiner Berliner Wohnung festgenommen. Gassendorf wird sich jetzt wegen eines Raufhandels mit Gas vertriebt zu verantworten haben. Außerdem werden ihm Verleumdungsbefehle zur Last gelegt.

**Die Feindlichen Brüder.** Zu einer schweren Schlägerei zwischen SS-Leuten und Angehörigen der Stenno-Gruppe kam es gestern nachmittag vor dem Hause Beuststraße 44. Bei der Prügelei wurden zwei Beteiligte verletzt. Die Polizei mußte einwirken und nahm einen Nationalsozialisten fest. Der Geknüerte wurde der Politischen Abteilung im Polizeipräsidium zugewiesen.

**Steinwürfer gegen einen D-Zug.** Zwischen den Stationen Bülchke und Karslowitz wurde gestern nachmittag der von Breslau kommende D-Zug 32, der um 4.40 Uhr am Schließplan Bahnhof eintraf, von bisher noch unbekannten Tätern mit Steinen beworfen. Ein Stein zertrümmerte das

Schweife, und benetzte Sie an die Gefährte, in der Sie sie zu diesem Augenblick gefahren haben. Ich hoffe, daß Ihnen das eine Warnung für die Zukunft sein wird. Ein Wort möchte ich noch an die Angeklagten richten, die mit diesem Urteil nicht einverstanden sind. Ich hoffe, daß recht viele von denen, die heute noch färschlich von uns den Kopf der Angeklagten verlangen, in ruhigeren Zeiten, die bald kommen werden, uns für dieses Urteil dankbar sein werden.“

Nach Schluß der Sitzung wurde der Verhandlungssaal in vollzähliger Ruhe geräumt.

★

Die Zufüg hat eine Schlacht gewonnen, möge die Politik nicht verderben, was Talar und Parzell hier erbringen haben. Erregungen haben die Wiedererkennung der unvorjähren und unversöhnlichen Forderungen aus für den Angeklagten. Bei dieser Beurteilung spielt es gar keine Rolle, ob die Angeklagten, deren Kopf hier politischen Gegner verlangen, Kommunisten oder Nationalsozialisten waren. Die maßgebende Beteiligung, in der die beide zu verwandten extremen Gegner stürmbar gegenüberstehen, hatte nicht nur das öffentliche Leben Deutschlands, sondern auch das Alltagsleben unentzählich gemacht. Dem mörderischen Treiben mußte Einhalt geboten werden. Das konnte nur mit drastischen Mitteln geschehen. Die Sondergerichte haben Urteil gefällt, haben sie fällen müssen, die den Normen einer normalen Zeit nicht gemäß waren. Die außerordentlichen Zeiten verlangen außerordentliches Mittel. Aber wie entsetzlich wäre die Vorstellung gewesen, daß, um ein abschreckendes Exempel zu statuieren, nach ungenügend vorbereiteten und häufig durcheinandergeführten Verfahren Unschuldige ihr Haupt auf dem Block hängen lassen müßten!

Das Berliner Sondergericht hat die Inhaft der angeklagten Kommunisten nicht für erweisen gehalten. Aber noch weniger ihre Schuld. Deshalb kam es zum Freispruch. Eine unendliche Gefahr würde darin liegen, wenn verneinene Elemente daraus die Zuversicht schöpfen würden, sie könnten ungestraft wieder ein Terror-Regime der Straße in Szene setzen. Es mahnenbender Art, der Besorgnisse gestern an die Angeklagten richtete, verdienen deshalb höchste Beachtung. Und die früheren Jahre haben eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn sie in ihren Angehörigen den Geist der Gewalttätigkeit weiter wachhalten. Die Nationalsozialisten beginnen bereits mit einer ausgetriebenen Seite gegen die Zufüg, weil deren letzte Urteile ihnen nicht passen. Auch ihnen hat Sondergerichtsdirektor Tolt ins Gewissen geredet. In der Tat, auch diese erwidenden Deutschen — werden sie nicht eines Tages ermahnen und schauernd erkennen, in welche unheimliche Denkmale sie sich haben setzen lassen. Daß der Mord an dem Nationalsozialisten ungeklärt bleibt, ist zu beklagen. Aber wichtiger ist, daß die Bewertung der Befehle, die solche Mordtaten entlassen läßt, sich wendet.

Freuter eines Mittels und traf den praktischen Arzt Dr. Krebs aus Oranienberg in Schießen an der Stirne. Der Akt wurde nicht verurteilt. Die politischen Nachforschungen nach den Tätern sind bisher ergebnislos verlaufen.

## Reichsbanner will sich aktivieren

Der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold will seine Gau-Generalarbversammlung, die für den 23. Oktober vorgesehen war, mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen bereits am 16. Oktober in Berlin stattfinden lassen. Der Gauvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Stelling, Mitglied des Reichsbannerleitenden Parteivorstandes, hat aus Gesundheitsgründen abgetreten, von seiner Biederrecht Arbeit zu verzichten. Er kann sich auch in seinem öffentlichen Wahltreue, in dem er wieder kandidiert, nicht am Wahlkampf beteiligen. Die letzte Generalversammlung hat im Jahre 1929 stattgefunden. Die gewaltigen Veränderungen der politischen Verhältnisse seit dieser Zeit werden ihren Widerhall auf der Organisation finden. Man erwartet einen starken Impuls für die Aktivierung der Bewegung durch Beteiligung der Gau-Vorstände. Gau-Vorsitzender soll ein Mann werden, der sich ausschließlich der Reichsbanner-Arbeit widmet und keinerlei Funktionen in einer politischen Partei oder im Parlament ausübt.

**Das Unglück am Krufstendamm.** Der Kaufmann Robert Morris aus der Prager Straße 33, der gestern vormittag auf einer Schiffsbank an der Kreuzung Krufstendamm

Das Unterhaltungsblatt der  
**Vossischen Zeitung**  
enthält im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:  
Tänze in und um Wien. von Artur Michel  
Marie-Odile. . . . . von Julius Posener

und Joachimsthaler Straße zusammen mit seiner Begleiterin Frau-Elise eine Begegnung mit einem Privatauto überfahren wurde, ist für noch 3 Uhr nachmittags im Straßensicherheitsamt seinen früheren Verleumdungen erlegen. Das Verbot Frau-Elise Begegnung ist ernst. — In der Peterburger, Ecke Elbinger Straße im Osten Berlins gestern nachmittag die 71jährige Witwe Dorothea Schulz aus der Gierstraße 42 unter einer Straßenbahn überfahren worden. Inmitten der Verleumdungen im Straßensicherheitsamt Aufnahme. Dort hat sie, ohne das Verbot zu empfangen zu haben.

## Arbeit als Volksschule

Freiwilliger Arbeitsdienst aus der Nähe  
VON  
EWA SCHUBRING

Im Schärnhilfesse in der Mark steht ein „Haus an der Sonne“, das beinahe eingestürzt wäre, weil kein Pfleger es nicht mehr halten konnte, hätte man es nicht dem Freiwilligen Arbeitsdienst kostenlos zur Verfügung gestellt. Jetzt ist hier ein „Arbeits-Lager“ für 24 Männer untergebracht, 22 junge Dinger zwischen 18 und 25, die auf ihren Anruf auf Arbeit oder Wagnisfortschritt hingewiesen worden haben und hier bei freier Station mit 14 Tagelohn pro Woche ein öffentlich-rechtlich geschaffenes Gemeindefortbildung führen. 50 „Arbeitspaare“ Fremige pro Woche werden ihnen außerdem beim Arbeitslosgeschäft; sie arbeiten sechs Stunden: Wägen und Waschen, Roden und Reimenaden, Büroarbeit und Gartenarbeit. Außerdem erhalten sie Unterricht in Gesundheitspflege, Hauswirtschaft und Deutsch. Vorträge werden sie sich soweit als möglich selbst; darüber hinaus mit es aber „ausländisch und gemeindefreier“ Arbeit zu ihrer Befähigung zu finden, das heißt eine Tätigkeit, die nicht anderen, noch in Arbeit Befähigten Arbeit fortbringen. Die Anerkennung eines Kurus als Freiwilliger Arbeitsdienst ist an diese Bedingung geknüpft, die gleichzeitig eines der zentralsten Probleme des Dienstes ist. Solche Arbeiten sind nämlich — besonders beim weiblichen Arbeitsdienst — nur unter Aufsicht aller Pfandfälle zu erben. In diesem Wägenlager ergrub sich eine glückliche Lösung dadurch, daß hier jungen Menschen aus anderen Arbeitslagern genügt und gefügt werden kann.

Die Kernfrage, wie sich das Lager finanzieren, stellt sich so bar: Wäre die Arbeit der Wägen auch „sozialwirtschaftlich wertvoll“ zu nennen, so erhellte der „Träger des Dienstes“, in diesem Fall die Gemeindefreie Schule in Spandau, 2 Mark pro Person und Arbeitslosgeld Zufuß. Wenn sie nur „gemeinnützig“ ist, heißt die Arbeitslosgeld für Arbeitslosgeldverteilung 1,40 Mk bis 1,80 Mk je nach Lage des Lagers. Der Sonntag, an dem die Lagermitarbeiter natürlich auch verdienen, muß nicht mitgezählt. Von dem Zufuß muß bestritten werden: Verpflegung, Unterkunft, eine Auskleidung, Sehmittel, Geräte, Fahrgeld und Zahngeld. Als Wichtigstes fällt also zuerst ins Auge: der Staat zahlt für die jungen Arbeitswilligen mehr, als wenn sie, ohne zu arbeiten, nur in der Erziehung gehalten werden würden. Trotzdem kann der „Träger des Dienstes“ mit dem Zufuß fast nie auskommen. Spenden, Natural- oder sonstige Beihilfen sind unentbehrlich.

Lohnt sich der Mehraufwand, den das Arbeitslosgeld kostet? Wenn man die junge Leiterin, eine Wägenpflegerin, hört, lohnt er sich laufend. Es was vergebene, herumgehende Mädchen, die man mit sanftem Druck auf dem Arbeitsamt zum Dienst überredet hat; zu Hause war kein Zufuß für sie, weil für die Brandbelegungen des Haushalts eine ganze Familie möglich bereithalten, weil die Prüder vor Konsequenzen abwachen hatten und die Wägen kosteten, und der Begriff „Sein“ für sie keiner war. Das Mühen des Arbeitslosgeldeneinsatzes durfte schon an ihnen, diese kamen als verblühte, kleine Spinnnetze, und alle wollten schon mit 16 einen Mann haben. Der Arbeitsdienst, das Leben im Heim bedeutet hier die Entfesselung: sie lernen zu denken, zu sprechen und freibühne Wägengelegenheit oft zum erkennen lernen und erleben und alle einseitige Befähigung über die Teilnahme am Arbeitsdienst zum größten Teil Stellen als bezahlte Hausangestellte, was sie als Anwesenheit auffassen, nachdem sie früher arbeitslose Büroangestellte, Arbeiterinnen, Berufsaufsteiger oder Beschäftigten waren. Obgleich sie alle freiwillig da sind und zu nichts gezwungen werden können, berührt eine ausgesprochen traurige Stimmung und in dem Prozeß der Arbeit: „Eine harte, christliche Hausangestellte wurde, wenn allen bei dem Zufuß und der Zeit freiwillig an Arbeitslosgeld.“ Trotzdem betonen viele in ständig um Veränderung ihres Aufenthalts will die kurzweiliger hinaus.

★  
Eine halbe Stunde weiter liegt ein „offenes Volks-Lager“ des Wägenleiters Fortreiter. Auch Freiwilliger Arbeitsdienst, aber ganz anders. 75 junge Männer, Arbeiter, Bauern, Studenten und erben aus einem einseitigen (alle erwerbslos natürlich) hatten hier bei den Wägen in einem riesigen Zeltbauwerkstätten haben. Unten schlafen die sieben Wägen des Lagers, die aber beliebige nicht etwa fuchen oder für die Jungens wägen, sondern mit ihnen gemeinsam einen Sportplatz für die Gemeinde Gaarow bauen. „Mehr Zufuß“ bekommen, wir nehmen beliebig“, erzählt der junge Lagerleiter, der, 24jährig, früher ein Arbeitslosgeld erntete und nach wochenlangem mühseligen Vorbereitungsarbeit des Lagers eingerichtet hat, was er mit fünf Gruppenführern teilt. Bei ihm gibt es nur die









# Finanzierung der Börse

Bericht der Vossischen Zeitung

Von

Dr. Arthur M. Wolkiser

NEW YORK, ANFANG OKTOBER

Die letzten Wochenberichte der Federal Reserve-Banken haben die Grundlagen der letzten Hausse an den amerikanischen Börsen deutlich befestigt. Immer mehr wird sichtbar, wie die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Politik der Festhaltung des Goldstandards durch die Behörden befolgte Finanzpolitik Regierungskredit an Stelle des Bankkredits setzen, nachdem die Gefahr aller inflationistischen Maßnahmen für die Goldwährung durch Gesetzeseinstellung wurden, die den Spielraum der Expansionsmöglichkeiten hinsichtlich erschreiten.

Zwei in engem Zusammenhang miteinander stehende Vorgänge kommen hier in Betracht. Einmal die Ausdehnung des Federal Reserve-Kredits, sodann die kurzfristige Defizitfinanzierung des amerikanischen Budgets. Die folgenden Ziffern ziehen einen Vergleich zwischen dem 6. April 1932, dem Beginn des ersten Regierungskredits durch die Federal Reserve-Banken, dem 6. Juli d. J., dem Datum des Haussebeginns in Wallstreet, und dem 21. September 1932.

6. April 6. Juli 21. Sept. 1932 1932 1932			
Geld in Umlauf	6458	5775	5642
Reserven der Mitgliedsbanken bei den F.R.-Banken	1942	1963	2211
Andere Depositionen + nicht investierte Mittel	409	385	385
	7800	8123	8238
Bestand an monetärem Gold	4386	3922	4165
Schatzwahrung in Umlauf	1905	1793	1814
Kreditvermehrung der F.R.-Banken	1599	2408	2229
	7800	8123	8238

Von Anfang April bis Anfang Juli 1932 herrschte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinigten Staaten allgemeines Mißtrauen in die Widerstandskraft des Goldes vornehmlich aus dem Grund, weil die Inflation durch das im Herbst 1931 begonnene Herabsetzen der Zinsen in den großen Anleihen der Federal Reserve-Banken sich ungeheuren Ausmaßen an das amerikanische Finanzsystem durch die rapide und starke Ausdehnung ihres Kredites von 1600 auf 2408 Mill. Doll. ausweitete, während die wesentlichen im Zusammenhang mit der amerikanischen finanziellen Notgesetzgebung — das Vertrauen in die Stabilität des Finanzwesens der Vereinigten Staaten überall wiederhergestellt. Es bildete die Grundlage für die Wallstreet-Hausse, die soweit man sehen konnte, noch keine Stütze in der verbesserten wirtschaftlichen Lage des Landes fand.

Die nun einsetzende Entwicklung hatte zunächst Goldrückflüsse in die Vereinigten Staaten zur Folge, die zum Teil wohl mit ausländischen Käufen von amerikanischen Wertpapieren zusammenhängen. Bald sah auch die öffentliche Meinung in Inland die Situation — wenigstens für die nächste Zukunft — als gesichert an, und gehortete Zettelanwarte die oben gezeichnete Bilanz von Nachfrage und Angebot für Geld und Kreditmittel am 21. September 1932 mit einer Kreditvermehrung von „nur“ 2259 Mill. Doll. ausgereichten. Trotzdem ist die Bilanz am 21. Sept. 1932, verglichen mit Anfang April d. J., eine Ausdehnung des „Zentralbankkredits“ um 660 Mill. Doll. festzustellen. Am 20. Juni 1932 war der Federal Reserve-Kredit erst als zu irgend einer Zeit während der letzten zehn Jahre.

Aber die eben gegebene Ziffer von 660 Millionen Dollar spiegelt nicht die volle Tragweite der gewährten Erleichterung. Um sie vor zu erfassen, muß man einen Vergleichsmaßstab annehmen, wie ihn die Federal Reserve-Banken eingeräumten Credits an den drei Daten werfen.

6. April 6. Juli 21. Sept. 1932 (in Millionen Dollar)			
Diskontierter Wechsel	635	500	359
Gekaufte Wechsel	58	77	30
1,5 Monatszinsen an Krediten	885	1801	1802
Sonstiger Kredit	21	30	14
	1599	2408	2229

Wie aus dieser Aufstellung ersichtlich ist, haben die Federal Reserve-Banken den Bankkredit pretty weit Anfang April 1932 fast eine Milliarde Dollar an Regierungssicherheiten erworben. Ein Teil des den Banken so zur Verfügung gestellten Geldes wurde von ihnen jedoch nicht in die öffentlichen Schatzkassen der Federal Reserve-Banken benutzt, was in der Abnahme der diskontierten Wechsel zum Ausdruck kommt. So ist ersichtlich, daß eine volle Berücksichtigung der geringen Kreditvermehrung durch die ziffermäßige Ausdehnung des von den Federal Reserve-Banken zur Verfügung gestellten Kredites, sondern auch Änderungen der Finanzierung der amerikanischen Wirtschaft durch Staatssicherheiten.

Was den zweiten Punkt, die kurzfristige Defizitfinanzierung des amerikanischen Budgets, betrifft, so läßt sich feststellen, daß das am 30. Juni 1932 abgelaufene Budget mit einem Defizit von etwa 259 Millionen Dollars ausfiel. Bis zum 30. April d. J. war das Defizit auf den laufenden Haushaltsjahres 1933 auf 600 Millionen Dollar geschätzt. Ein großer Teil der öffentlichen Rechnung bezieht sich nun seit Februar d. J. auf die Reconstruction Finance Corporation. Das amerikanische Schatzamt hat bisher die gesamte Kapitalisation dieses gewaltigen Unternehmens gezeichnet, das bis heute der hilflosen amerikanischen Wirtschaft etwa 1,25 bis 1,5 Milliarden Dollar beigetragen ist. Da die R.F.C. ein noch und kann einsetzbares Kapital von 3,5 Milliarden Dollar abrufen kann, so wird vorläufig kein Anzeichen der Notwendigkeit der amerikanischen Wirtschaft durch Staatssicherheiten abzuschauen.

Die Wirkung dieser Finanzpolitik ist eine gewisse Abbremsung der Deflation in den Gesamtanlagen der Banken, die selbst nicht geneigt waren, der Wirtschaft Kredite zu gewähren, kaufen die immer wieder auf dem Markt kommenden und die Regierungssicherheiten durch ihre Absichten auf den Rückgang des Schatzamt, d. h. unter Regierungsgarantie. Denn, wie gesagt, ein großer Teil der Regierungssicherheiten

dient der Finanzierung der Reconstruction Finance Corporation.

## Uebersicht der Finanzanlagen:

6. April 14. Sept. 1932 1932 (in Millionen Dollar)		
Gesamtanlagen der Mitgliedsbanken des F. R. S.	19 173	18 556
Verbindlichkeiten:	12 960	10 256
- auf Wertpapiere	5 222	4 547
- alle übrigen	6 538	6 219
Investitionen: Gesamt	7 113	6 100
- in Regierungssicherheiten	3 381	4 251
- alle übrigen	3 732	3 269

Wie leicht gesehen werden kann, ist der einzige seit Anfang April d. J. gestiegene Posten das Konto der Investitionen in Regierungssicherheiten. Die Finanzierung des

Regierungsbedarfs ist hier um so leichter, als die Käufe von Regierungssicherheiten ohne Inanspruchnahme neuer Mittel der Banken möglich sind. Auf der Aktivseite der Bankbilanz erhöht sich das Konto „Regierungssicherheiten“, während auf der Passivseite die „Regierungssicherheiten“ den gleichen Betrag stellen. Da gegen Regierungssicherheiten gesetzlich keine Reserven gehalten werden müssen und die Guthaben ohne Beschränkung zum Zweck der Deckung der gleichen Bankengruppe, worauf sie steuerlich sofort wieder der Bankgemeinschaft als Depositen der Zahlungsschwänger zufließen, so bedeutet die Technik dieser Vorgänge, ohne sich auf die Zahlungsschwänger zu verweisen, die Abnahme des Hortens beruht.

# Der erste Montan-Abschluß

## Klößern trotz Millionenverlust optimistisch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 6. OKTOBER

Als erster der großen Montankonzerne legt die Klöcker-Werke AG. jetzt ihren Abschluß für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr vor. Die Erwartungen waren nicht hoch gespannt, da vorauszusagen war, daß die Unternehmungen der Eisindustrie in diesem Jahr infolge der Depression nicht nur keine Gewinne erzielen, sondern Verluste ausweisen werden.

Die Klöcker-Werke AG., die für das Vorjahr als einziger Montankonzern noch einen geringfügigen Gewinn von insgesamt 10,43 Mill. RM, der mit 7,5 Mill. RM aus der Rücklage gedeckt wird, die sich damit auf etwa 10 pCt. des Aktienkapitals ermäßigt. Der Restverlust von 2,93 Mill. RM wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Tragerechnung kann als ein Spiegelbild der geschäftlichen Entwicklung der Montanindustrie bezeichnet werden. Es ist trotz allem nicht so trübe, wie gemeinlich erwartet wurde. Ob allerdings die übrigen Konzerne, namentlich der 20. September bilanzierenden, gleiche Abschlüsse vorlegen werden, bleibt abzuwarten, da nicht alle inbetrieblich die gleich hohen Ausgleichsmöglichkeiten wie Klöcker haben. Die Schrumpfung des Absatzes und der Rückgang der Erlöse führen zu der Halbierung des Betriebsüberschusses von 23,66 auf 12,03 Mill. RM ihren Ausdruck. Einschließlich des Gewinnvortrages stellt er sich auf 12,04 (24,03) Mill. RM. Die zentralen Lasten umfassen 4,32 (6,44), die Steuern 4,41 (6,34) und die Anleiheinsen 2,87 (3,34), insgesamt also 11,64 (16,12) Mill. RM. Trotz der erheblichen Einbußen bei diesen Ausgaben reicht der Rohgewinn von 396,327 Mill. RM (i. V. 7,93 Mill.) nur zu einem ganz geringfügigen Teil der normalen Abschreibungen. Diese sind mit 4,96 Mill. an den Aktionären zu 0,3 Mill. RM auf die Wertpapiere und Beteiligungen vorgenommen worden. Zuzüglich der Währungsverluste von 0,59 Mill. und der Abschreibungen auf Vorräte von 2,81 Mill. stellt sich die Gesamtsumme auf 10,83 Mill. dem im Vorjahr summarisch die Abschreibungen in Höhe von 7,92 Mill. RM gegenüber.

Die Währungsverluste von 0,59 Mill. und der Abschreibungen auf Vorräte von 2,81 Mill. stellt sich die Gesamtsumme auf 10,83 Mill. dem im Vorjahr summarisch die Abschreibungen in Höhe von 7,92 Mill. RM gegenüber.

Wie wir hören, sollen die Abschreibungen auf Anlagen nach den gleichen Grundsätzen wie im Vorjahr (96 Pft. für Förderlöcher Kohle und 94 Pft. für Förderlöcher Eisenerze) vorgenommen werden, während die Abschreibungen nicht erhöht, sondern nur die neuartigen Abschreibungen darin nicht unbeachtliche Reserven enthalten seien. Die Abschreibungen auf Wertpapiere und Beteiligungen mit 9,4 Mill. RM erscheinen gering. Der Posten erschien in der vorjährigen Bilanz mit 22,87 Mill. RM. Vielleicht findet hier der bei Klöcker sprichwörtlich gewordene Optimismus sowie nach der allgemeinen Stimmungslage um das Besseren seinen Ausdruck.

## Aktien-Einzahlung bei Humboldt-Deutz

Die Humboldt-Deutz-Motoren AG., Köln, weist für das zweite Geschäftsjahr nach der Fusion einen Gesamtbetriebsverlust von 4,5 Mill. RM (i. V. 38,750 Mill. RM Reingewinn) aus. Zu seiner Deckung wird ein Kapitalverhältnis gering. Der Gewinn aus einer beabsichtigten Herabsetzung des 28 Mill. RM betragenden Aktienkapitals um 10,7 Mill. RM herangezogen, formen 1,47 Mill. RM Gewinn aus Reserverundlegung, so daß zum Vortrag ein Restverlust von 2,68 Mill. RM gelangt. Der Betriebsüberschlag ging von 7,03 auf 2,65 Mill. RM zurück, so daß ein Restverlust von 2,65 Mill. RM resultiert. Der Betriebsergebnis von 2,69 (7,05) Mill. RM erwirtschaftet wurde. Nach Abzug der sozialen Lasten von 2,31 (3,17), der Steuern von 1,28 (1,8) und der Währungsverluste von 0,98 (1,1) Mill. RM verbleibt ein Betriebsüberschlag von 1,16 Mill. RM (i. V. Betriebsgewinn von 2,09 Mill.). Dieser erhöht sich durch Abschreibungen auf Anlagen in Höhe von 1,42 (2,98) Mill. auf 2,58 Mill. RM auf 0,55 (—) und Debitoren von 1,27 (—) auf insgesamt 4,5 Mill. Reichsmark.

## Landschaftsbanken im Umbau

Die Pläne zur Reorganisation landschaftlicher Banken haben in letzter Zeit solche Fortschritte gemacht, daß mit dem baldigen Abschluß der Verhandlungen mit den landschaftlichen Banken in Berlin, Breslau und Stettin gerechnet werden kann. Es wird beabsichtigt, die landschaftlichen Banken wirtschaftlich und personell aus ihrer Abhängigkeit von den Landschaften zu lösen und sie unter Aufrechterhaltung ihrer provinzialen Eigenart an die Central-Landschafts-Bank in Berlin eng anzugliedern.

Zu diesem Zwecke wird das Kapital der Central-Landschafts-Bank durch weitere Beteiligung der Deutschen Rentenbank Kreditanstalt auf zunächst 5 Mill. Reichsmark erhöht. Die Transaktion wird rückwirkend per 1. Januar 1932 durchgeführt.

**Finland dementiert Inflationsgerüchte.** In der letzten Zeit sind die Meldungen über die Gefahr einer Inflation aus Finnland immer zahlreicher geworden. Die Regierung hat durch eine kategorische Erklärung, daß sie nicht daran denke, irgendwelche Inflationspläne zu betreiben, versucht, einen Wandel der Stimmung des Landes herbeizuführen, nachdem der Reichstag sich gleichfalls gegen jede Inflation gewandt hatte.

**Deutsch-Tschechisches Zusatzabkommen unterzeichnet.** Donnerstag tagte in Prag das neuere deutsch-tschechische Finanzministerium. Die Verhandlungen über ein deutsch-tschechisches Zusatzabkommen betr. Hopfen sowie einiger Veterinärfragen und die Zollfreiheit für die Einfuhr von Kunststücken im Grenzverkehr unterzeichneten die Teilnehmer des Abkommens. Die Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Prag, am 5. Oktober in Kraft.

**Handelsvertrag mit Südafrikanischer Union bleibt erhalten.** Der südafrikanische Finanzminister hat die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz von Ottawa als fair und vernünftig. Namentlich die Abmachungen über eine Unterzeichnung des südafrikanischen Fischereivertrages. Der Vertrag von großem Wert und würden Südafrika die Möglichkeit geben, seine Fleischindustrie nach Großbritannien großzügig auszuweiten. Der Finanzminister erklärte ferner, daß er den Vertrag nicht aufgeben werde, da er die Möglichkeit der Südafrika zu verließen. Er stellte in Abrede, daß in naher Zukunft die Aufnahme einer Handelsverhandlung mit Südafrika durch Deutschland mit geringen Änderungen aufrechterhalten würde.

**Vergleichstermin Hermann Langhoff AG. verfallen.** Die langwierigen Verhandlungen der Gesellschaft wurde der gerichtliche Termin wieder um einige Zeit vertagt. Es sind neue Vergleichsmöglichkeiten auftauchend, über die im Zusammenhang mit der Weiterführung der zahlreichen Filial-

betriebe noch keine endgültige Klarheit erzielt ist, so daß man einen neuen Termin zum Vergleichsabschluß wählen mußte.

## Grenzen der Getreidestützung

Die Getreidepreise, deren Stabilisierung das Kernstück der deutschen Agrarpolitik bildet, sind, wie aus den letzten Berichten über die Berliner Produktion hervorgeht, neuerdings wieder bedrohlich geworden. Wieder hat sich erwiesen, daß weder unübersteigbare Zollmauern noch Stützungskauf, Einlagerungsvorschriften für die Mühlen, Lombardierungsmöglichkeiten, Beirainigungszwang, Kreditverbilligung usw. dem Getreide die erstrebte Ausnahmestellung inmitten der Krise zu erzwingen vermögen. Von der Regierung ist gewiss alles geschehen, um die Boden- und Weizenunterstützung zu halten. Aber auch hier hat sich die Natur dem menschlichen Willen überlegen gezeigt.

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß alle künstlichen menschlichen Stützungen der Getreidepreise nicht ausreichen solange der Schwund des Bedarfs an den Wertprodukten nicht behoben werden kann. Die Gründe für den rückläufigen Brotkonsum sind an dieser Stelle schon wiederholt aufgedeckt worden. Die Konsumten seitdem nicht besitzend werden. Im Gegenteil hat sich die Lage noch mehr zuspitzt. Wenn heute die Berliner Bäckerei z. B. über einen so geringen Brotverbrauch verfügt, wie es in anderen Städten der Fall ist, so ist natürlich die unverändert hohe Zahl der Arbeitslosen hierfür in erster Linie verantwortlich. Dazu tritt namentlich noch ein anderer Moment. Die Randbedingungen, die Lauben- und Schrebergärtner-Wirtschaften haben in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Viele großstädtische Arbeiter und Arbeitslose sind in diesen Wirtschaften der Selbstversorgung übergegangen. Sie decken einen großen Teil ihres Bedarfs an Lebensmitteln durch Kartoffeln, Gemüse und Obst aus eigener Erzeugung. Eine Art „Eigensicherung“ ist entstanden, die den Verbrauchern die Kosten des Brotverzehr einmal gefährlich werden kann.

So kam es, daß auch ein nach der neuen Ernte zunächst sehr geringfügiges Angebot an Getreide auf dem Markt nicht ausreichen konnte. Als dann später die Landwirte begannen, mehr Material aus der neuen Ernte auf den Markt zu bringen, mußten zunächst die bekanntesten preisbestimmenden Wirkungen eingegriffen, um die geltenden Preise zu halten. Namentlich aber scheint das herauskommende Angebot auch über die Aufnahmefähigkeit der Stützungsstellen hinaus zu gehen. Die Mühlen können nicht nur ihren laufenden Bedarf gedeckt haben, sondern darüber hinaus auch die gesetzlich vorgeschriebenen Bestände aufgefüllt sind, fehlt es an den Körnern. Aus diesen Umständen resultieren die letzten Preisrückgänge an den Getreidebörsen leicht erklärlich.

Verschieft wurde diese Bewegung am gestrigen Tage durch den vorangehenden Preisrückgang an den Getreidebörsen schon Weizenmärkten. Wenn wir jetzt auch die erstrebte









